

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 31 (1951-1952)
Heft: 11

Buchbesprechung: Bücher-Rundschau

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

★ Bücher-Rundschau ★

Redaktion: Dr. F. Rieter

Heinrich Pestalozzi als politischer Vermittler

Aus dem Inhalt des vierten Briefbandes

Pestalozzis lebhafter Geist empfand stets das Bedürfnis, sich in direkter Auseinandersetzung mit andern Geistern zu messen. Es ist kein Zufall, daß namentlich in den Frühwerken der Dialog eine bedeutende Rolle spielt und daß darum einzelne Freunde des jungen Schriftstellers ihn als zum Bühnendichter geeignet erachteten. Das Bedürfnis, durch Meinungs-austausch zur Klärung lebenswichtiger Probleme beizutragen, zeigt sich auch in den Briefen, die gerade darum eine wertvolle Ergänzung zu den Werken darstellen.

Der vor kurzem erschienene vierte Briefband enthält rund dreihundert Briefe aus der Zeit von 1798, da Pestalozzi zwischen der Stadt und ihren Untertanen am See zu vermitteln suchte, bis zum Beginn seiner Tätigkeit in Yverdon um 1805¹⁾.

Die ersten Briefe des neuen Bandes lassen die Spannung lebhaft empfinden, die unter der Einwirkung der französischen kriegerisch-revolutionären Propaganda in den Dörfern am Zürichsee entstanden war. Pestalozzi weilte als einziger Stadtbürger in Stäfa, um in seinen Briefen an Lavater die Stimmung des Landvolkes zu schildern und Wege zum Ausgleich zu suchen. Einer der Briefe läßt ganz besonders Pestalozzis Ergriffenheit, aber auch sein Bemühen deutlich erkennen, an die Verantwortlichen in der Hauptstadt ein klares Bild der Lage zu übermitteln.

Man dachte dort an eine Ratsdeputatschaft, die beruhigen sollte. Pestalozzi warnt davor, weil seiner Ansicht nach keine *Formalität*, nur eine väterliche, unwiderrufliche *Tat* das verlorene Vertrauen wieder herstellen könne. Jede Stunde ist kostbar. Eine verfehlt Maßregel kann die spätern vermittelnden Schritte unwirksam machen. Der Geist des Übels, gegen das man kämpfen möchte, kann durch die Form, die man wählt, noch vermehrt werden. Jede oberflächliche Antwort, jeder unrichtige Gesichtspunkt der Deputierten fällt auf die Obrigkeit zurück; die Gemüter schwanken zwischen andauernder Angst und hochangefachtem Trotz; Heuchelei wie Kühnheit können die Verwirrung und Mißstimmung steigern; es mangelt alle Mittel einer einfachen, abwartenden, geduldigen Weisheit und der humanen Annäherung der Gemüter.

Der *eine* Brief zeigt mit aller Deutlichkeit, wie sehr sich Pestalozzi um die *Psychologie des politischen Aufstandes* bemüht und die Wege des Ausgleiches prüft. «Die Stadt wird im Seevolk Menschen finden, die mit Wohlwollen Gutes mit Gutem vergelten werden, und die sanskulottische Partei wird — ohne Stützen — sich in sich selbst verlieren». Pestalozzi warnt davor, sich durch einzelne Auftritte beängstigen zu lassen, mögen es nun rote Mützen oder andere Dinge sein. «Das alles hört auf, Zeichen der Volksstimmung zu sein, wenn der brave Mann im Land beruhigt ist», ohne dies aber kann das empörte Rechtsgefühl jedes nur denkbare Hilfsmittel ergreifen. Man muß jene zur Verantwortung aufrufen, die jetzt ohne Weisheit nur nach Festigkeitsmaßnahmen rufen. Es ist Pestalozzis überlegener politischer Geist, der aus diesen Briefen spricht; er läßt sich durch den Haß der

¹⁾ Joh. Heinrich Pestalozzi, *Sämtliche Briefe*, herausgegeben vom Pestalozzianum und von der Zentralbibliothek in Zürich. Band 4, umfassend die Briefe aus den Jahren 1798 bis Mitte 1805. Orell Füßli, Zürich 1951.

Parteien nicht verwirren. Unter diesem Gesichtspunkt sind seine Worte heute so bedeutsam wie damals. Damals aber haben sie zur Milderung der Spannung wesentlich beigetragen: die gefangenen Landleute wurden aus der Haft entlassen. An seinen jungen Freund Fellenberg konnte Pestalozzi bald darauf berichten, daß man die Klagen des Landmannes mit Aufmerksamkeit anhöre und ihnen Gerechtigkeit widerfahren lasse, so daß er der sich wendenden Gemütsstimmung mit der größten Hoffnung entgegensehe. Die bisher Mißtrauischen werden zum Enthusiasmus fürs Vaterland übergehen, und «das Seevolk wird in diesem Fall gegen einen möglichen äußern Feind einen Mut zeigen und eine militärische Kraft entwickeln, wie ihrer wenige Gegenden unseres Landes fähig sind»²⁾. — Lavater bittet er in einem folgenden Brief, alle *schwachen Routiniers* von der Mitwirkung in den Regierungsgeschäften fernzuhalten. Jetzt können «nur gewandte Menschen, echte, heitere Köpfe und feste, auf eigenen Füßen stehende Männer Einfluß behaupten. Die Zeit der politischen Theaterkünste ist vorüber». Das Volk am See fühlt, daß ein Mittelpunkt der Kultur und Gewerbsamkeit notwendig ist; es fühlt, daß die Erhebung dieses Mittelpunktes durch Bildungsanstalten auch sein Vorteil ist; es möchte nur Zutritt zu den Vorzügen dieses Mittelpunktes haben, soweit sie ihm selber Bedürfnis sind.

Wie sehr sich Pestalozzi auch für den einzelnen Landmann einsetzte, zeigt unter anderem der Brief an Lavater über Heinrich Rellstab, den Müller von Langnau. Pestalozzi gibt zu, daß er ein Ungläubiger ist, aber er führt diesen Unglauben auf die Eindrücke zurück, mit denen der «Unsinn der Gläubigen» auf ihn wirken mußte. Wenn Christus auf Erden wandelte oder wenn die einstigen Reformatoren auf unsern Kanzeln sprechen würden, wäre Rellstab im Anhören der weisen Lehren einer der Eifrigsten. Pestalozzi weiß, daß der Müller von Langnau seine Pflichten mit «unabläßigem Fleiß» verrichtet, daß die Armen und Gedrückten für ihn Zeugnis ablegen; er hat «standhafte, stille Taten von Edelmut» gesehen, darum ist er sicher, daß die politischen und religiösen Irrtümer dieses Mannes Folgen des politischen und religiösen Verderbens sind, das ihn umgibt. Er hat den Mann in seinem häuslichen Leben gesehen; er hat den Grund seiner Meinungen erforscht; er ist bereit, von ihm genaue Rechenschaft zu geben. Gewiß, Rellstab könnte sich durch seine Mißstimmung zu unbesonnenen Taten verführen lassen; was aber Wahrheitsliebe, Rechtlichkeit, Pflichterfüllung, Wohlwollen und Aufopferungskraft dieses Mannes betrifft, kann Pestalozzi alle Verantwortung übernehmen.

Dieses warme, ausführliche Eintreten für einen Verkannten ist echt pestalozzisch. Weil die Briefe immer wieder solch verantwortungsbewußte Haltung zeigen und dazu aufrufen, rechtfertigt sich ihre Ausgabe und ihre Lektüre.

Hans Stettbacher

Ein Lebensbild im großen Rahmen des Zeitgeschehens

Allmählich werden die Nachlässe der Männer, die vor hundert Jahren die Geschichte der Eidgenossenschaft lenkten, frei und können von der Forschung benützt werden. Dabei steht der persönliche Gedankenaustausch durch den Brief im Vordergrund, denn noch um die Mitte des 19. Jahrhunderts gehörte die gepflegte Epistolographie zu den untrennbaren Eigenschaften des Politikers. Nicht so günstig liegen die Dinge bei der Generation von Staatsmännern, die am Ende des letzten Jahrhunderts und um die Jahrhundertwende das Steuer geführt haben. Hier bestehen zum Teil Lücken, die nicht mehr auszufüllen sind. So ist es dem Nachlaß *Edmund von Steigers* ergangen, eines bernischen Staatsmannes von überkantonaler Bedeutung und Wirkung, dessen Leben in drei Jahrzehnte bernischer und schweizerischer Geschichte eingebettet erscheint. Mit diesen Schwierigkeiten hatte *Erich Gruner* zu ringen, und anfangs mochte es scheinen, daß nur ein Teilproblem von Steigers Leben untersucht werden könne. Der Verfasser wußte jedoch die Widerstände, vor denen ein anderer kapituliert hätte, zu überwinden. Er machte sich an die Durcharbeitung aller öffentlichen Quellen, der Zeitungen, Protokolle und der ungeheuren Aktenmassen der von Steiger geleiteten regierungsrätlichen Dikasterien. Aber nach

²⁾ Brief 766, Seite 5/6.

wie vor fehlte es an Zeugnissen für das Privatleben Steigers. So hat denn Gruner eine wichtige Verschiebung vorgenommen, er schuf eine Zeitgeschichte, in welcher Steiger mehr nur noch der Beziehungspunkt wurde, um den sich die Hauptereignisse der bernischen und schweizerischen Geschichte gruppieren ließen. In der Bewältigung dieser Aufgabe hat Gruner Hervorragendes geleistet und ein neues Bild unserer Innenpolitik in den drei Jahrzehnten nach 1880 entworfen. Um es vorwegzunehmen, dieses Buch, das von einem starken Ethos getragen ist, konnte nur eine gereifte Persönlichkeit schreiben, die innerlich mit den gleichen Problemen ringt, wie dies Steiger beschieden war. So ist die Steiger-Biographie wohl einerseits ein Stück Schweizergeschichte, sie ist auch die gerechte Würdigung eines protestantischen Konservativen, sie ist aber vor allem das Bekenntnis eines Autors, der dem Bildungsidealismus und der sozialen Gesinnung Steigers, aber auch dessen Wissen um die sittliche Entscheidungskraft des Menschen verwandt ist¹⁾.

Steiger, Nachkomme des Berner Patriziergeschlechtes der «weißen» Steiger, war 1836 geboren, wirkte als Pfarrer im Berner Oberland, trat 1878 in den Regierungsrat seines Heimatkantons ein und starb 1908 mitten aus voller Tätigkeit heraus. Seit 1891 hatte er als Konservativer dem Nationalrat angehört. 1895 wies man nach dem Tode Schenks auf ihn als kommandes Mitglied des Bundesrates hin, wobei aber die Radikalen zum vorneherein einen der ihrigen vorzogen. Die Liberal-Konservativen waren sich darüber einig, daß ihr Kandidat seinen Konkurrenten Eduard Müller (den populären Stadtpräsidenten von Bern) an staatsmännischen Qualitäten übertrage, bei der vorherrschenden politischen Strömung eine Aktion zugunsten Steigers aber aussichtslos, ja sogar gefährlich sei, da ein Minderheitenvertreter gerne von der Mehrheit mit Aufgaben belastet werde, für die diese selbst die Verantwortung zu übernehmen nicht gewillt sei.

In der Zeit einer aufwühlenden Krise des bernischen Staatswesens, einer mißglückten Eisenbahn- und Finanzpolitik des bisher von den Radikalen geleiteten Kantons, trat Steiger in den Regierungsrat ein. Eine Koalitionsregierung, bestehend aus Männern beider Richtungen, trug fortan die Verantwortung für die Regierungsarbeit. Jahrelang maßen sich die Kräfte der Konservativen und der Radikalen, es kam zur Bildung einer konservativen Einheitspartei, und einen gewissen Abschluß bildete die 1893 unter Dach gekommene, heute noch geltende Verfassung des Kantons Bern. Ulrich Dürrenmatt und die von ihm inspirierte Volkspartei beteiligten sich stark an den politischen Kämpfen jener Jahre. Steigers Wirken als Regierungsrat fiel in die Zeit, da sich moderne Wirtschaftskräfte im Kanton mächtig regten, und er hat am Ausbau der sozialen Gesetzgebung, an der Förderung des Bauern- und des Mittelstandes mit Überzeugung mitgearbeitet, geleitet von dem Grundsatz, das Christentum habe sich vor allem in der Tat zu manifestieren. Es bahnte sich ein gewisser Zusammenschluß der Minderheitsparteien im Kanton Bern an, und so war der Anteil der Konservativen am Aufbau kantonaler Werke nicht gering. Die liberal-konservative Gruppe war nicht mehr identisch mit den Konservativen alten Schlages, sie wollten modernes Fortschrittsdenken mit dem Festhalten an einer vernünftigen Tradition verbinden; in Wirtschafts- und Sozialfragen standen sie dem linken Flügel der Radikalen gelegentlich näher als den konservativen Parteigenossen. Steiger war vor allem eine Vermittlernatur, die es ablehnte, jederzeit nur der Parteilinie zu folgen. Das war überhaupt wohl die Eigenart der reformierten Konservativen, daß sie nicht durch Dick und Dünn einer Parteparole folgten, und daß sich die bedeutenden Individualitäten frei entfalteten. Das war ihr Vorzug und — parteipolitisch gesehen — ihre Schwäche. Darum zerfielen denn auch die sich abzeichnenden Parteigebilde und ein dauernder Zusammenschluß mit den Katholisch-Konservativen kam nicht zustande. Denn letztere rückten seit dem Eintritt Zemps in den Bundesrat in die Reihe der Staatsparteien ein und gaben die Opposition à tout prix preis. Dieses Bild zeigt sich bei der Würdigung von Steigers Wirken in der Bundesversammlung, eines Abschnittes, der sich zu einer Darstellung der inneren Geschichte der Schweiz ausweitet. Den Beschluß macht die zusammenfassende Würdigung, in welcher der Vermittler Steiger als Staatsmann gewürdigt wird: es geht um die soziale Sammlung und Auflösung im 19. Jahrhundert, um das Abwägen von

¹⁾ Erich Gruner: Edmund von Steiger. Dreißig Jahre neuere bernische und eidgenössische Geschichte. Francke, Bern 1949.

Freiheit und Zwang im Wirtschaftsleben, und um das Aufzeigen der Freiheit und Abhängigkeit eines demokratischen Politikers. Gruner umreißt Steigers Stellung mit folgenden Worten: «Er war der bernische Pionier eines mit Maß gehandhabten Staatsinterventionismus... Er erzog die konservativen Mitbürger langsam, aber beharrlich zu einer Gesinnung, die dem Wohlfahrtsstaate nicht mehr mit übertriebenem Argwohn begegnete, sondern ihm leistete, wessen er zur Erfüllung seiner sozialen Pflichten bedurfte». Geformt durch ein hocharistokratisches Milieu, geschult als Pfarrer und in seinem religiösen Denken der Vermittlertheologie verhaftet, war der Edelmann Steiger mit dem bernischen Landvolke verbunden wie kaum ein Zweiter. Als Volkspfarrer ging er mit dem Fortschritt, achtete aber sorgfältig die konservativen Grundkräfte der bäuerlichen Bevölkerung. Richtunggebend war die Herkunft aus einem Geschlecht, das jahrhundertlang in voller Verantwortung an der Leitung des alten Bern mitgewirkt hatte. Gruner sieht in der «eigenartigen Verbindung von Unbestechlichkeit und Volksverbundenheit, in der Neigung, über den Niederungen der Politik und doch zugleich mitten im Volke zu stehen, ein Stück aristokratischen Erbgutes».

Der Verfasser, dem wir die seinerzeit angezeigte Studie über das bernische Patriziat und die Regeneration (Jahrgang 1944, S. 243—245) verdanken, hat in dem neuen Buche einen Beweis gereiften Könnens gegeben. Er hat den Stoff gemeistert, ist dem Problem der verantwortungsbewußten Persönlichkeit gerecht geworden und hat die besondere Fähigkeit erwiesen, ein Lebensbild in den großen Rahmen des Zeitgeschehens einzuordnen.

Anton Largiadèr

Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte

Der Band VIII der Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte enthält wiederum viele wertvolle Abhandlungen, Hinweise und Forschungsberichte, die alle ein Gemeinsames verbindet, nämlich der Wille, die über die engen nationalen Grenzen hinaus wirkenden abendländischen Gestaltungskräfte aufzuspüren¹⁾.

Franz Stoeßl, Zürich, sucht die Rätsel, die uns *Caesars Politik und Diplomatie im Helvetierkrieg* aufgeben, durch eine Neuinterpretation des tendenziösen *Bellum Gallicum* zu lösen. Er kommt zum Schluß, daß die bisherigen Bezeichnungen der gallischen Parteien als römerfeindlich oder römerfreundlich nicht genügen, daß eine weitere Differenzierung in eine monarchistische Volkspartei und eine republikanische Adelpartei, die mit den entsprechenden römischen Parteien sympathisieren, notwendig sei. Solange die römischen Optimaten über den größten Einfluß in Gallien verfügen, verbündet sich Caesar gegen sie mit den Popularen Ariovist, Casticus, Dumnorix und Orgetorix. Im Augenblick aber, wo ihm die Provinz Gallia Narbonensis zufällt und er dort als Konsul im Begriffe steht, eine eindrucksvolle Militärmacht aufzubauen, muß er zur stärksten gallischen Partei, den Popularen, in Gegensatz geraten. Bevor diese die neue Sachlage erkennt, vollzieht Caesar den diplomatischen Frontwechsel, wendet er sich überraschend gegen den Auszug der Helvetier, kommt es zum Kampf bei Bibracte.

Andreas Alföldi, Bern, schildert uns die *Bedeutung des römischen Limes als ethische Grenzscheide*. Da der Römer den *Orbis Romanus* der Welt überhaupt gleichsetzt und den Ausländer als rechtlos betrachtet, kennt er ihm gegenüber auch keine moralischen Verpflichtungen. Daher scheut er sich nicht, List und Betrug, Bestechung, Meuchelmord, Massaker und Ausrottung als Mittel zur Bekämpfung der Barbaren anzuwenden. Bei dem Kulturgefälle, das gegen den Limes und über diesen hinaus herrscht, ist es leicht verständlich, daß die Gegenseite keinen idealern Prak-

¹⁾ Schweizer Beiträge zur Allgemeinen Geschichte. Im Auftrage der Allgemeinen Geschichtsforschenden Gesellschaft der Schweiz herausgegeben von Werner Näf. Band VIII. Lang, Bern 1950. Vgl. Besprechungen Band I, Februarheft 1944, S. 659—660; Band II, Maiheft 1945, S. 122—123; Band III, Februarheft 1946, S. 724; Band IV, Märzheft 1947, S. 775—776; Band V, Februarheft 1949, S. 737—738; Band VI und VII, Augustheft 1950, S. 330.

tiken huldigt. Die Begriffe der Welt und des Menschen sind eben im Altertum noch auf das eigene Land und das eigene Volk beschränkt.

Josef Deér, Bern, weist in seiner interessanten und mit Abbildungen belegten Abhandlung nach, daß die *abendländische Kaiserkrone* sich unter den Nachfolgern Konstantins aus der Kombination von Bügelhelm und Diadem entwickelt hat.

J. Vincens Vives, Barcelona, beleuchtet an Hand der Außenpolitik des als Staatsmann wenig begabten, aber für uns gerade durch seine Fehler instruktiv wirkenden Johannes II. die beiden *Tendenzen aragonesischer Machtausbreitung*, die von der katalanischen Flotte vorgetragene Expansion entlang der Inselstraße über die Balearen nach Sardinien und Sizilien und die von den eigentlichen Aragonesen bevorzugte Einflußsteigerung auf dem spanischen Festlande. Johann II. sucht die von seinem Vorgänger erzielten überseeischen Gewinne auf diplomatischem Wege zu behaupten, um sich die Hände für eine kraftvolle kontinentale Aktion frei zu machen. Er übersieht, daß jede Verlagerung der aragonesischen Macht auf den Kontinent eine Wiederbelebung der Kraftlinie bedeutet, welche die Anjou mit Hilfe der genuesischen Flotte nach Neapel führt. Er scheitert an der Unterschätzung dieser Gefahr und am innern Widerstand der Katalaner.

P. Iso Müller, Disentis, gewährt uns durch Beschreibung von Leben und Werk des Augustin Stöcklin († 1641) einen Einblick in die *Anfänge hagiographischer Kritik*. Zwar kann sich dieser Mönch, Dekan, Administrator und Abt der Klöster Muri, Pfäfers und Disentis der historischen Wissenschaft nur zeitweise widmen, aber er studiert die Überlieferung der Heiligenleben mit einem humanistisch geschulten Verstand und bereitet mit seinen Kommentaren das Zeitalter der wissenschaftlich kritischen Hagiographie vor.

Franz Meier, Bern, untersucht die *Willensrichtungen, die Frankreich im Jahre 1792 zum Kriege treiben*. Er kommt zur Überzeugung, daß der Wille der Mehrheit der gesetzgebenden Versammlung, das heißt der Girondisten unter der Führung von Brissot, den Willen der Nation entscheidend beeinflusst. Brissot sieht die Revolution durch eine Koalition innerer und äußerer Feinde bedroht. Ein siegreicher Kampf gegen die fremden Despoten muß Frankreich nicht nur die alte Machtstellung in Europa zurückgewinnen, sondern auch die neue Ordnung im Innern festigen.

Wir sind dem Herausgeber der Beiträge, Herrn Prof. Dr. Werner Näf, Bern, zu Dank verpflichtet, daß er unsere Historiker anregt, sich mit Problemen der allgemeinen Geschichte eingehend zu beschäftigen und ihnen Gelegenheit bietet, ihre Untersuchungen zu veröffentlichen.

Hans Senn

Wirtschafts- und finanzpolitische Probleme

Niemand zweifelt daran, daß jede Arbeitslosigkeit einen gefährlichen Nährboden für alle radikalen Strömungen darstellt; das hat die Entwicklung in Deutschland in den Dreißigerjahren mit aller Deutlichkeit gezeigt. Wäre es der Regierung Brüning vor 1933 gelungen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, hätte sie sich aller Wahrscheinlichkeit nach eine Position verschafft, gegen die der Nationalsozialismus niemals aufgekomen wäre. Darum sind auch die meisten Länder heute darauf bedacht, dafür zu sorgen und entsprechende Vorkehrungen zu treffen, daß keine Arbeitslosigkeit aufkommt.

Hanns Joachim Rüstow stellt sich in seinem mehr als 300 Seiten umfassenden Werk die Aufgabe, zu zeigen, daß die freie Marktwirtschaft in der Lage ist, nicht nur die optimale Lenkung der Güterproduktion und -verteilung in Anpassung an den Bedarf, sondern auch die Anpassung der Arbeitsplätze an die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte zu bewirken¹). Rüstow knüpft an die Begründer der klassischen Nationalökonomie an, die als erste den Versuch unternommen haben, alles marktwirtschaftliche Geschehen in ein System wissenschaftlicher Gesetze einzuordnen. Ihnen haben wir denn auch die Erkenntnis zu verdanken, daß auch in einer dem freien Spiel der Kräfte überlassenen Wirtschaft nicht bloßer Zufall und Willkür herrschen, daß vielmehr allen wirtschaftlichen Vorgängen die Wirksamkeit eines

automatisch funktionierenden Marktmechanismus zugrunde liegt. Am Modell einer in sich geschlossenen privatkapitalistischen Wirtschaft legt Rüstow das Problem des wirtschaftlichen Gleichgewichtes dar und zeigt, daß unter der Voraussetzung einer freien Konkurrenz und eines einigermaßen kontinuierlichen Verlaufs der wirtschaftlichen Entwicklung ein Gleichgewichtsmechanismus automatisch für die Anpassung der Arbeitsplätze an die Zahl der Arbeitskräfte sorgt und damit ständige Vollbeschäftigung gewährleistet, ohne daß hiezu irgend eine zentrale Planung und wirtschaftspolitische Steuerung erforderlich wäre. In klarer Weise wird auch aufgezeigt, warum die wirkliche Entwicklung der Wirtschaft in erheblichen Gleichgewichtsschwankungen verlaufen ist. Nach Rüstow sind die zyklischen Konjunkturschwankungen vor dem ersten Weltkrieg nicht durch zufällige äußere Störungen oder durch das Zusammentreffen verschiedener solcher Störungsursachen entstanden, sondern bedingt sind durch eine Überbelastung des Gleichgewichtsmechanismus infolge irgendwelcher Ursachen. Rüstow bemerkt im Schlußkapitel, in welchem er sich mit dem Verhältnis der Theorie der Vollbeschäftigung und den Lehren von Keynes auseinandersetzt, daß ohne ein Programm der Vollbeschäftigung der Kampf gegen Kommunismus, Kollektivismus, Bolschewismus und Diktatur aussichtslos erscheinen müsse und daß ohne die Überzeugung von der Durchführbarkeit eines solchen Programms dieser Kampf auch gar nicht mit ganzer Kraft geführt und verantwortet werden könne. Für jeden, der sich mit den Problemen der Vollbeschäftigung und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beschäftigt, bietet das Werk Rüstows (dessen Bruder das dreibändige Werk «Ortsbestimmung der Gegenwart», eine universalgeschichtliche Kulturkritik, geschrieben hat) eine Fülle von Erkenntnissen.

Der Berner Professor und frühere Vizedirektor der eidgenössischen Finanzverwaltung, *Eduard Kellenberger*, ist jüngst mit einem Werk an die Öffentlichkeit getreten, das ebenfalls das Problem der Arbeitslosigkeit und der Vollbeschäftigung behandelt²⁾. Während sich aber die Schrift Rüstows mit der Theorie der Vollbeschäftigung befaßt, betont Kellenberger, daß sein Werk aus der lebendigen Praxis und jahrzehntelanger eigener Erfahrung herausgewachsen und dazu bestimmt sei, praktischen Bedürfnissen zu dienen. Wie er selber erklärt, soll es gewissermaßen unter dem Motto stehen: «Weg mit den überkommenen Lehrmeinungen, weg mit der Schulweisheit, weg mit den Büchern, zurück zur Natur, zur erlebten Wirklichkeit».

Es fehlt uns hier der Raum, um auf die einzelnen Kapitel dieses rund 270 Seiten umfassenden Werkes einzutreten. Während sich die ersten Kapitel mit der Widerlegung der sogenannten Kreislauftheorie befassen und zu diesem Zwecke das Problem des Sparens im allgemeinen und im Konjunkturverlauf im besonderen wie auch der bisherige Krisenverlauf und die Bekämpfung der Krisen in der Schweiz untersucht und dargelegt werden, bildet den Hauptteil des Werkes die kritische Untersuchung der Möglichkeiten der Verhütung künftiger und der Bekämpfung ausgebrochener Krisen. Der Verfasser kommt nun zu einem von den herrschenden Lehrmeinungen gänzlich abweichenden Bild vom Entstehen, dem Verlauf und den Möglichkeiten der Bekämpfung der Wirtschaftskrisen. Vor allem wendet er sich gegen die Ansicht, die dem angeblich zu vielen Sparen die Schuld an den zyklischen Wirtschaftskrisen zuschreibt. Auch die Verlegung staatlicher Aufträge aus der Zeit der Hochkonjunktur in die Zeit der Krise und Depression beurteilt der Verfasser von eigenen Gesichtspunkten aus. Nach seiner Meinung haben sich bis jetzt alle Mittel zur Bekämpfung und Verhütung von Krisen sowohl im einzelnen wie auch in ihrer Gesamtheit als unwirksam erwiesen. Dagegen empfiehlt er, um der Demoralisierung der breiten Massen durch die Arbeitslosigkeit zu begegnen, Vollbeschäftigung, die nach seinen Vorschlägen dadurch erreicht werden soll, daß für die Arbeitslosen eine obligatorische Zivildienstpflicht einzuführen wäre. Nach Berufen oder Unternehmungen gegliedert, sollten die Arbeitslosen einer Stadt, eines größeren Dorfes oder einer Landesgegend zu zivilen Dienstleistungen aufgeboten und an Ort und Stelle durch berufliche, geistige und körperliche Fortbildung beschäftigt werden. Der Verfasser erachtet für die Durchführung dieses Planes das Obligatorium als notwendig. Kellenberger behauptet auch, daß dieses Verfahren der Vollbeschäftigung billig sei, wozu wir immerhin ein Fragezeichen setzen möchten.

Auch dürfte damit das Wesentliche an der Krise, nämlich die Massenarbeitslosigkeit und die damit verbundene wirtschaftliche Unsicherheit, nicht beseitigt sein.

Unzweifelhaft beschreitet Kellenberger mit diesem Werk — ein zweiter Band soll folgen — neue Wege. Einzelne Darstellungen lesen sich leicht und entbehren nicht der Originalität. Ob es einer streng wissenschaftlichen Überprüfung in allen Teilen Stand zu halten vermag, bleibe dahingestellt. Professor Dr. Böhler, ehemals Präsident des Stabilisierungsausschusses, hat das Werk Kellenbergers in der «Schweizerischen Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik» (Nr. 5, Oktober 1951) einer scharfen Kritik unterzogen und es als ein mehr psychologisches als wissenschaftliches Phänomen bezeichnet.

Der Innsbrucker Universitätsprofessor *Theodor Pütz* hat im Jahre 1948 ein Werk über die Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung erscheinen lassen, von dem er selbst sagt, daß es dem Leser keine abgerundeten Lösungen bieten, sondern die zentralen Probleme der Wirtschaftspolitik aufzeigen und die Wege zu ihrer Bewältigung ebnen soll³⁾. Es handelt sich um ein sehr gründliches Werk, das die bereits bestehende Literatur in weitgehendem Maße heranzieht. In seinem ersten Teil behandelt es die theoretischen Grundlagen der allgemeinen Wirtschaftspolitik, wobei Wesen, Inhalt und Ziel der Wirtschaftspolitik dargestellt werden. Im zweiten Teil unternimmt es der Verfasser, eine für die Gegenwart bedeutsame geschichtliche Form der Wirtschaftspolitik theoretisch zu erhellen: die Wirtschaftspolitik der gelenkten Wirtschaft. Bekanntlich wird die Wirtschaftspolitik des Jahrhunderts vor dem ersten Weltkrieg mit Recht als liberale Wirtschaftspolitik bezeichnet, weil sie vom Grundsatz der Nichtintervention des Staates geleitet war. In einer großen Zahl von Staaten hat in den letzten Jahren die Wirtschaftspolitik Formen entwickelt, die von dem Grundsatz der Nichtintervention und vom Grundsatz der totalen Verstaatlichung der Produktion und Verteilung (Sowjetunion) abweichen. Bis heute haben diese Formen noch keinen einheitlichen und stetigen Charakter gewonnen. Pütz vertritt die Auffassung, daß in diesen Entwicklungstendenzen die Möglichkeit zur Ausbildung einer einheitlichen und systematischen Form der Wirtschaftspolitik liegt, welche eine dauerhafte Wirtschaftsordnung zu verbürgen imstande wäre. Diese Form der Wirtschaftspolitik nennt er Wirtschaftslenkung. In sehr klarer Weise legt der Verfasser die verschiedenen Methoden der Wirtschaftslenkung, aber auch deren Grenzen dar. Tatsächlich hängt der Erfolg der zwangswirtschaftlichen Maßnahmen nicht nur davon ab, wie weit der Staat sie durch Kontrollen und Anwendung von Machtmitteln zu sichern sucht, sondern vor allem davon, wie weit die Einsicht der Einzelwirtschaftler in die volkswirtschaftliche Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Maßnahmen reicht. — Für Studierende der Volkswirtschaft bildet das Werk des Innsbrucker Universitätsprofessors ein wertvolles Hilfsmittel.

Die Frage, ob die Produktion der Erde auf die Dauer ausreichen wird, den gewaltigen, noch immer zunehmenden Völkermassen in allen Ländern ausreichende Nahrung zu gewähren, ist gegenwärtig Gegenstand lebhafter Erörterungen. Mit diesem Problem und den sich zwangsläufig einstellenden Folgen befaßt sich das Buch von *Thilo Roger: Der Weg ins Freie*⁴⁾. Der Verfasser zeigt an Hand von reichem statistischem Material die Gefahren auf, die sich aus der Kollektivierung der Masse für die Menschheit ergeben, wenn sie sich träge ihrem Schicksal ergibt. Roger sieht im Kampf des Individualisten gegen das System der Kollektivierung die letzte Möglichkeit, dem Leben einen über das Animalische hinausgehenden Sinn zu geben, und schildert den Abgrund, an dessen Rand die Menschheit schwebt, dem sie sich seit dem zweiten Weltkrieg mit beängstigender Schnelligkeit genähert hat. Was soll geschehen, um den sich abzeichnenden Gefahren der Übervölkerung zu begegnen? Der Verfasser legt den Regierungen nahe, die weitere Vermehrung der Bevölkerung nicht noch zu begünstigen, und ermahnt alle diejenigen, die ohne Freiheit nicht leben können, sich dafür einzusetzen, daß sich die Bevölkerung auf natürliche Weise so weit wieder vermindere, bis die materiellen Voraussetzungen für die höchste Würde des Menschentums, die Freiheit der Einzelpersonlichkeit, wieder gesichert sind. Es ist der dringendste Wunsch des Verfassers, daß die Menschheit wieder den Weg zurück, den Weg ins Freie finde.

Das 1950 erschienene Buch *Röpkes: Maß und Mitte* soll nach den eigenen Worten des Verfassers die Mitte einhalten zwischen einem Werk von streng geschlossener Architektur und einer lockeren Sammlung von Aufsätzen, die sich um ein gemeinsames Thema gruppieren und die aufeinander abgestimmt sind, daß sie einander stützen und ergänzen. Das Ganze ist nicht nur von einem, sondern von mehreren Grundgedanken durchzogen, wobei der Gedanke des Maßes und der Mitte besonders herausgehoben ist⁵⁾.

Es ist gewiß so, wie Röpke schreibt, daß unsere moderne Welt immer mehr zu einem riesenhaften Maskenfest der Ideologien geworden ist, auf dem niemand mehr recht weiß, was sich hinter der Wortvermummung verbirgt. Um so notwendiger ist es, sich von Zeit zu Zeit zu besinnen und den politischen Problemen die Wortmasken abzureißen, hinter denen sie sich verbergen. So unternimmt es denn Röpke, sich zuerst einmal mit dem Begriff «Liberalismus» auseinanderzusetzen und das Wesen eines unvergänglichen Liberalismus zu zeichnen. Mit ebenso scharfen Strichen kennzeichnet er auch den Kommunismus, diese geistige Weltgefahr, den sogenannten Progressismus und die heute immer klarer zutage tretenden Irrwege des Kollektivismus. Röpke hält dies für die allerdingendste Aufgabe, weil nach seiner Auffassung die Abkehr vom Kollektivismus und die Rückkehr zur Marktwirtschaft in allen betroffenen Ländern die oberste Bedingung für die Gesundheit Europas ist. Aber dieser negativ-kritischen Aufgabe folgt gleich die positive Aufgabe, dem kollektivistischen Programm der Lähmung, Unordnung, Willkür und Ungerechtigkeit ein Programm der Freiheit, der Bestimmtheit, der Wohlfahrt, der Ordnung und der sozialen Gerechtigkeit entgegenzustellen. So wird in den weiteren Kapiteln des Buches das Programm einer «natürlichen Ordnung» entwickelt, wobei die Schwierigkeiten, um einer solchen Ordnung in einer «proletarischen Gesellschaft» und angesichts der fortschreitenden Kollektivierung, Technisierung und Nationalisierung des Menschen Gehör zu verschaffen und sie praktisch wirksam zu machen, vom Verfasser nicht übersehen werden. Auf jeden Fall aber ist nach Röpke keine Zeit zu verlieren, das kollektivistische Ideal durch ein besseres zu ersetzen — durch das Ideal der Freiheit, des Maßes und der Mitte. — Es wäre zu wünschen, daß dieses neueste Werk Röpkes auch in der Schweiz entsprechend beachtet würde.

In kurzer, einprägsamer Form schildert der gleiche Verfasser die Wohnungszwangswirtschaft als ein europäisches Problem. Nach Röpke liegt in der Wohnungszwangswirtschaft ein besonders krasses und einleuchtendes Beispiel der Wirkung jeder Zwangswirtschaft vor, wobei sich die Frage stellt, ob die Mieter ermächtigt bleiben sollen, die Hauseigentümer mit einer Privatsteuer zu belasten, und zwar in Form der Vorenthaltung eines ihnen zustehenden vollen Marktpreises, oder der Staat ermächtigt werden soll, ihnen eine öffentliche Steuer, einen Lastenausgleich, aufzuerlegen. Der Verfasser kommt zu einer klaren Verneinung dieser Frage und tritt mit Überzeugung für eine Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft, die er als die größte unter den im Boden der Marktwirtschaft noch stecken gebliebenen Minen des Kollektivismus betrachtet, ein.

Wir möchten auch der Schrift von *Hans Baer* einige Worte widmen, weil es sich hier zweifellos um eine gründliche und umfassende Darstellung der Bedeutung des Rentners als Steuerzahler handelt⁶⁾. Bei der fortschreitenden Geldentwertung und bei dem ständig zunehmenden Steuerdruck gehört der Rentner und Sparer unbestrittenermaßen zu den geplagtesten Menschen. Glücklicherweise nimmt sich nun die Vereinigung zum Schutze der Sparer und Rentner, die auch die Herausgabe dieser Schrift ermöglicht hat, in verstärkter Weise dieser Kategorie von Steuerzahlern an, die sich in einer wirklichen Notlage befindet. Einmal hat sich der niedrige Zinsfuß für das Spar- und Anlagekapital als verhängnisvoll erwiesen, wodurch besonders der kleine und mittlere Sparer betroffen wurde. Sie erhielten auch keinen Teuerungsausgleich, während der Steuerdruck in Bund, Kantonen und Gemeinden ständig zunahm. Wenn es nun Hans Baer unternommen hat, die Bedeutung hervorzuheben, die der Rentnerklasse in bezug auf die direkten Steuern zukommt, so hat er damit ein verdienstliches Werk unternommen. Seine auf die Erhebungen der eidgenössischen Steuerverwaltung der Jahre 1946 bis 1948 über die Veranlagungsergebnisse der Wehrsteuer sich stützenden Untersuchungen lassen denn auch den großen Anteil erkennen, der der Rentnerklasse an der gesamten

Wehrsteuer- und Wehropferleistung zukommt. Beträgt schon der Beitrag, den die Rentner an das Einkommenssteueraufkommen der natürlichen Personen leisteten, über ein Zehntel, so gehörten rund ein Viertel aller wehropferpflichtigen natürlichen Personen der Rentnerklasse an und brachten im Vergleich zu allen andern Erwerbskategorien die höchste Steuerleistung auf, nämlich ein Drittel des Wehropferbetrages der natürlichen Personen. Aus den Untersuchungen Baers geht auch ganz deutlich hervor, daß die heute noch da und dort vorhandene Ansicht, wonach der Rentner ganz allgemein mit dem «Zinslipicker» oder «reichen Mann» identifiziert wird, in keiner Weise mehr den tatsächlichen Verhältnissen entspricht.

Man möchte wünschen, daß sich sämtliche schweizerischen Steuerbehörden mit den Untersuchungsergebnissen dieser Schrift vertraut machen würden und auch in den eidgenössischen Räten der Lage der Sparer und Rentner etwas mehr Verständnis entgeggebracht würde, als dies bis anhin der Fall war.

Über die Warenumsatzsteuer wird voraussichtlich ein heißer Kampf entbrennen, wenn die kommunistische Initiative auf Abschaffung dieser Steuer einmal zur Volksabstimmung gelangt, was wohl demnächst der Fall sein wird. Noch zur rechten Zeit ist daher die Schrift *Gawronskis* erschienen, dessen kürzlich erschienenes Werk «Staatsgewalt und Volkswohlfahrt» in weiten Kreisen lebhaft Zustimmung erweckt hat ⁷⁾. Der den Gewerkschaften nahestehende Verfasser widerlegt mit schlagenden Argumenten die immer wieder erhobene Behauptung, die Umsatzsteuer bilde für die breiten Volkskreise eine untragbare Belastung. Gewiß ist es keine beliebte Steuer — von welcher Steuer läßt sich das überhaupt sagen? — Gawronski weist aber nach, daß die Warenumsatzsteuer, zumal in ihrer schweizerischen Gestalt, bedeutend besser ist als ihr Ruf. Auch er kommt zum Schluß, daß sie nicht durch eine Erhöhung der Einkommensbelastung ersetzt werden könnte, was nicht nur die begüterten Kreise, sondern auch die kleinen Leute treffen würde. Auch nach seiner Auffassung dürfte jene Verbindung von direkten und indirekten Steuern, die wir heute in der Schweiz kennen, den Anforderungen der praktischen Vernunft wie der Steuergerechtigkeit recht nahe kommen. Und auch darin hat er recht, wenn er sagt, daß es für den Verbraucher immer noch angenehmer sei, beim Einkaufe nützlicher oder erfreulicher Dinge ganz unbemerkt einen Fünfer oder Zehner oder Franken dem Fiskus zu opfern, als am Jahresende die Summe solcher Fünfer, Zehner oder Franken mühsam vom Lohn und Gehalt abzuzweigen, um die infolge des Wegfalles der Umsatzsteuer gestiegenen Einkommenssteuern bezahlen zu können. Der Bürger wird gut tun, dieses Büchlein zur Hand zu nehmen, wenn er dereinst an die Urnen gerufen wird ⁸⁾.

Was heißt Austerity, was versteht man unter Clearing, unter Dumping, was versteht man unter Meistbegünstigung, McKenna-Zölle, Liberalisierung etc.? Wer hierüber und über eine Menge anderer Ausdrücke, auf die der Leser bei der Lektüre von Wirtschaftsberichten täglich stößt, orientiert sein will, nimmt mit Vorteil das kleine Wörterbuch von *Hans Posse* zur Hand, das als Grundstock eines umfassenden Handwörterbuches des Außenhandels gedacht ist und geeignet ist, das Verständnis für die oft verwickelten handelspolitischen Probleme zu weiten und zu vertiefen ⁹⁾.

Hier sei auch gleich auf die Zeitschrift «Wörterbuch der Politik» hingewiesen, die in ihrem vierten Heft eine tiefgründige Abhandlung über die Wirtschaftsordnung enthält ¹⁰⁾. Die Beiträge dieser Zeitschrift sind als Bausteine zu einem Wörterbuch der Politik gedacht. Die Aufsätze geben, ihrem lexikographischen Zweck entsprechend, jeweils eine in sich abgerundete Darstellung des einzelnen Themas.

Eine auf gründlichem Quellen- und Literaturstudium beruhende Zürcher Doktorarbeit von *Guido von Castelberg* befaßt sich mit dem Problem der Politik des billigen Geldes in der Schweiz ¹¹⁾. Diese Frage ist in der letzten Zeit in unserem Lande lebhaft erörtert worden. Es fehlte aber bis jetzt eine Würdigung der Politik des billigen Geldes vom wissenschaftlichen Standpunkt aus. Diese Lücke ist nun durch die vorliegende Arbeit weitgehend ausgefüllt. Ihre Aktualität ist dadurch gekennzeichnet, als die Frage der Höhe der Zinssätze bzw. deren mögliche und wünsch-

bare Beeinflussung in Zukunft besonders wirtschaftspolitische Bedeutung zu besitzen verspricht. Im ersten Teil der Arbeit wird die Entwicklung des billigen Geldes geschildert, wobei die tatsächliche Bewegung der Zinssätze und deren Beeinflussung durch Angebot und Nachfrage der Wirtschaft auf dem Geld- und Kapitalmarkt eine eingehende Darstellung erfahren. Der zweite Teil ist einer eingehenden Würdigung des billigen Geldes gewidmet, und zwar vom Standpunkt des Schuldners und Gläubigers aus.

Der Verfasser faßt die Ergebnisse seiner Untersuchungen dahin zusammen, daß die Frage nach der Opportunität einer Weiterführung oder eventuellen Intensivierung der Politik des stabilen billigen Geldes nicht damit beantwortet werden darf, der Gläubiger werde durch billiges Geld benachteiligt, der Schuldner dagegen begünstigt, oder daß das volkswirtschaftliche Interesse in der Aufrechterhaltung des stabilen billigen Geldes liege. Auf der andern Seite wäre es aber auch nicht sinnvoll, die agrarpolitischen Wirkungen, bzw. das privatwirtschaftliche Interesse der Landwirtschaft, die finanzwirtschaftliche und die wohnungsmarktpolitische Wirkung des stabilen billigen Geldes als hinreichende Begründung für die Förderung bzw. Befürwortung eines dauernd niedrigen Zinsniveaus auszurufen. Der Verfasser weist nach, daß die Landwirtschaft auf lange Sicht vom billigen Geld keine wesentlichen Vorteile erwarten darf, und auch für die öffentlichen Finanzen bedeuten niedrige Zinssätze in Zukunft keine wesentliche Erleichterung. Seine Schlußfolgerungen gehen denn auch dahin, daß das billige Geld, auch wenn es einige Vorteile bringt, mit der Zeit den heutigen Kleinkapitalbesitz zerstört und daher eine Weiterführung der Politik des stabilen billigen Geldes unter dem Gesichtspunkt der Volkswirtschaft in der Schweiz negativ zu beurteilen ist.

Es gibt eine Menge Schriften, die dem Menschen zeigen sollen, wie man rasch und sicher zu Erfolgen kommen könne. Mit derartigen «Rezeptsammlungen» ist die Broschüre des früheren Direktors der «Gazette de Lausanne», *Georges Rigassi*, nicht zu vergleichen¹²). Hat der Verfasser in seinem früheren Werk «Le Prix du Bonheur» mehr die Grundsätze aufgezeigt, wie man zu einem glücklichen und erfolgreichen Leben kommen kann, gibt er nun in seinem neuesten Werk Ratschläge praktischer Art. In sehr lesenswerten Kapiteln zeigt er, daß man im Leben mit absolut ehrlichen Mitteln wirklich vorwärts kommen kann, daß man mehr Chancen hat, vorwärts zu kommen, wenn man ehrlich bleibt, als wenn man seinen Nächsten zu übertölpeln und das Gesetz zu umgehen sucht; daß, wie die Erfahrung lehrt, in Wirklichkeit nur sehr wenige auf unlautere Weise einen Erfolg erzielen, der Bestand hat. Die Schrift will also den Jungen, die ins Leben eintreten, helfen und gegen die Verdrehung kämpfen, nach der die Ehrlichkeit in Geschäften schädlich sei, und auch gegen das verächtliche Vorurteil, daß nur die Lumpen Chancen haben, ihr Glück zu machen. Jeder junge Mensch sollte sich heute klar darüber sein, daß man den Erfolg nicht umsonst haben kann, ist doch der Erfolg ein Wert, den man erwerben muß und der teuer ist. Gerade in einer Zeit wie der unsrigen, in der die wahren Werte entwertet sind und der Erfolg sich einzig und allein am materiellen Gewinn mißt, möchte man wünschen, daß alle jungen Menschen, die auf anständige Weise im Leben Erfolg haben wollen, zu der Schrift Rigassis greifen.

Eine Zürcher Dissertation von *N. J. Baer* befaßt sich mit der Währungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika seit der großen Wirtschaftskrise der Jahre 1929 bis 1933 bis zum Eintritt in den zweiten Weltkrieg¹³). Die Maßnahmen, die unter der Präsidentschaft Roosevelts ergriffen wurden, sind schon deshalb von besonderem Interesse, weil ihre Auswirkungen für die ganze Welt spürbar waren. Die Doktorarbeit bietet ein sehr umfangreiches Material, ohne sich in Details zu verlieren.

Der frühere Sektionschef im Bundesamt für Sozialversicherung, *W. E. Hindermann*, hat die Grundlagen und Verbesserungsmöglichkeiten der AHV in einer kleinen Schrift zusammengefaßt¹⁴). Nachdem bereits eine erste Revision durchgeführt worden ist, die aber das System der AHV nicht weiter berührt, liegen gegenwärtig Abänderungs- und Verbesserungsvorschläge vor, die viel weiter gehen und deren

Berücksichtigung schwerwiegende finanzielle Auswirkungen zur Folge hätten. Der Verfasser vertritt die Auffassung, daß für das Funktionieren der AHV kein Ausgleichsfonds von 6—8 Milliarden notwendig ist, und er glaubt, daß dieser eher die Verbesserung des Versicherungswerkes behindert. Hierüber gehen aber bekanntlich die Auffassungen auseinander.

Abschließend sei noch auf eine Anzahl Zeitschriften hingewiesen. In erster Linie nennen wir die *Steuer-Revue*, die nun bereits im 6. Jahrgang steht und dank ihren wertvollen Beiträgen über fiskal- und steuerpolitische Probleme sowie ihrer Orientierungen über Steuerrecht und Steuerrechtsprechung allgemein geschätzt ist¹⁵⁾. Im gleichen Jahrgang steht die *Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen*¹⁶⁾. Wer sich über Probleme der Außenwirtschaftspolitik, über Währungsprobleme oder über internationale handelspolitische Fragen irgendwelcher Art orientieren will, nimmt mit Vorteil diese Zeitschrift zur Hand. — Stets aktuell und anregend ist auch die *Revue Economique franco-suisse*, die Zeitschrift der Schweizerischen Handelskammer in Frankreich, die besonders den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern ihr Augenmerk zuwendet. Sie enthält auch immer eine wertvolle Dokumentation über kommerzielle und verkehrstechnische Entwicklungen in Frankreich und in der Schweiz¹⁷⁾. — Die *Soziale Welt* ist eine in Deutschland erscheinende Zeitschrift, die sich mit sozialwissenschaftlichen Problemen befaßt¹⁸⁾. — Die deutsche *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen* hat sich die Behandlung der monetären Fragen zum Ziel gesetzt¹⁹⁾. — Ähnliche Ziele verfolgt auch die Zeitschrift *Währung und Wirtschaft*²⁰⁾. — Zuletzt erwähnen wir noch den neuesten (5. und 6.) Bericht der deutschen Bundesregierung über die *Durchführung des Marshallplanes* vom Oktober 1950 bis März 1951. Da er gleichzeitig auch die Hauptentwicklungsdaten der in den ersten vier Marshallplan-Berichten behandelten Perioden seit Bildung der Bundesregierung zusammenfaßt, erstreckt er sich somit auf sechs Quartale. Wer sich über die Hilfeleistungen der Vereinigten Staaten und ihre bestmögliche Nutzung, aber auch über die politische und psychologische Seite des Marshallplanes für Deutschland ein Bild machen will, findet in diesem Bericht alle wünschenswerten Angaben.

Caspar Weber

1) Hanns Joachim Rüstow: «Theorie der Vollbeschäftigung in der freien Marktwirtschaft». J. C. B. Mohr, Tübingen 1951. 2) Eduard Kellenberger: «Volkswirtschaftliche Irrtümer und Fehlgriffe», Band I, Sparen, Krisen, Vollbeschäftigung. Francke, Bern 1951. 3) Theodor Pütz: «Theorie der allgemeinen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung». Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1948. 4) Thilo Roger: «Der Weg ins Freie». Verlag Hermann Meister, Heidelberg o. J. 5) Wilhelm Röpke: «Maß und Mitte». Eugen Rentsch-Verlag, Erlenbach-Zürich 1950. 6) Hans Baer: «Die Bedeutung des Rentners als Steuerzahler», herausgegeben von der Vereinigung zum Schutze der Sparer und Rentner, Zürich 1950. 7) Vgl. Besprechung Novemberheft 1950, S. 536. 8) Vital Gawronski: «Die Warenumsatzsteuer — eine unsoziale Belastung?». Francke, Bern 1951. 9) Hans Posse: «Kleines Wörterbuch des Außenhandels». Verlag für Sozialwissenschaften, Frankfurt a. M. und Berlin 1950. 10) Wörterbuch der Politik «Zur Wirtschaftsordnung». Herder, Freiburg i. B. 1949. 11) Guido von Castelberg: «Politik des billigen Geldes in der Schweiz». Schultheß & Co., Zürich 1951. 12) Georges Rigassi: «Erfolg will erarbeitet sein». Organisator AG., Zürich o. J. 13) N. J. Baer: «Die Währungspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika von 1933—1941». Buchdruckerei Turbenthal AG. 1951. 14) Walter E. Hindermann: «Grundlagen und Verbesserungsmöglichkeiten der AHV». Organisator AG., Zürich 1951. 15) «Steuer-Revue». Cosmos-Verlag, Bern. 16) Außenwirtschaft «Zeitschrift für internationale Wirtschaftsbeziehungen». Francke, Bern. 17) «Revue économique franco-suisse», Organ der Schweizerischen Handelskammer in Frankreich. 18) «Soziale Welt». Verlag Soziale Welt, Dortmund. 19) «Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen». Verlag Franz Knapp, Frankfurt a. M. 20) «Währung und Wirtschaft», herausgegeben von Ludwig Erhard, Erwin Hielscher und Max Schönwandt, West-Berlin.